

Eingangsbemerkungen:

Wir benötigen dringend einen Handlungsplan für die grundlegende Umgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion

Im April 1987 veröffentlichte eine Expertenkommission zur „Integrationsstrategie für die Europäische Gemeinschaft“ unter dem Vorsitz von Tommaso Padoa-Schioppa einen Bericht, der später zur Grundlage für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurde.¹ Dieser Bericht nannte vier Punkte, die er „auf lange Sicht als die Grundlage für den ‚Gesellschaftsvertrag‘ zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten“ betrachtete: a) wettbewerbsfähige Märkte, b) Währungsstabilität, c) eine gerechte Verteilung der Erträge des wirtschaftlichen Wohlstands und d) effektives Wachstum. Diese vier Elemente wurden tatsächlich zur Grundlage für die weitere politische und wirtschaftliche Einigung Europas in den vergangenen 25 Jahren.

Die Mitglieder der „Tommaso Padoa-Schioppa Gruppe“ sind der Auffassung, dass dieser europäische Gesellschaftsvertrag heute auf dem Spiel steht. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone kann nicht länger ausgeschlossen werden. Wir befürchten, dass ein einmal in Gang gekommener Prozess der währungspo-

1. „Efficiency, Stability and Equity: A Strategy for the Evolution of the Economic System of the European Community“, Bericht einer von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften berufenen Expertenkommission unter dem Vorsitz von T. Padoa-Schioppa. April 1987.

litischen Desintegration nicht mehr zum Stillstand gebracht werden könnte. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass er zu einem Prozess der politischen und wirtschaftlichen Desintegration der Eurozone und auch der Europäischen Union führen könnte. Die aktuelle Krise, die die Europäische Union und insbesondere die Eurozone nun schon seit mehr als zwei Jahren im Griff hält, stellt daher eine fundamentale Herausforderung an die vier konstitutiven Elemente der jüngsten politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas dar.

Das Prinzip wettbewerbsfähiger Märkte in Europa auf den vier Grundfreiheiten. Es läuft jedoch zunehmend Gefahr, im Zuge eines möglichen Auseinanderbrechens der Eurozone durch eine Renationalisierung der Wirtschaftspolitiken, protektionistische Tendenzen und eine potentielle Rückkehr zu nationalen Währungen und Abwertungen zwecks Steigerung der Konkurrenzfähigkeit in Frage gestellt zu werden. Wir gehen davon aus, dass die mit einer solchen Rückwärtsbewegung der europäischen Marktintegration verbundenen Kosten exorbitant wären und befürchten, dass das Ende einer wettbewerbsbasierten marktwirtschaftlichen Struktur in Europa den Wohlstand in der Eurozone insgesamt senken würde.

Das Prinzip der Währungsstabilität in Europa spiegelt sich in der ursprünglichen Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion des Maastrichter Vertrages wieder. Es sieht sich momentan mit drei gefährlichen Szenarien konfrontiert: a) Zunächst einmal besteht ein nicht unbeträchtliches Risiko der Rückkehr zu nationalen Währungen. Sollte dieses Risiko Wirklichkeit werden, würde dies das abrupte Ende der Währungsstabilität bedeuten. Die Ersparnisse und das Anlagevermögen eines großen Teils der Bevölkerung der Eurozone unterliegen einer jähnen Veränderung ihres Wertes. b) Zweitens ist der Bankensektor mehrerer Eurozonen-Länder bedroht. Sollte die bestehende Unsicherheit dieser Systeme in einen unkontrollierten Ansturm auf die Banken oder in massive, grenzüberschreitende Kapitalflucht umschlagen, dann bestünde ein hohes Risiko für die Bankguthaben und damit wiederum für die Ersparnisse und Anlagen eines großen Teils der Bevölkerung des Euroraumes. c) Zum Dritten wird die Stabilität des Euros selbst von vielen als gefährdet betrachtet, insofern als die Rettungs- und Stabilisierungsbestrebungen eine weitreichende Monetarisierung der Schulden nach sich ziehen könnten.

Das Prinzip der gerechten Verteilung der Erträge aus wirtschaftlichem Wohlstand in Europa spiegelt sich im weithin anerkannten Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft wider. Auch dieses Prinzip ist momentan gefährdet. Sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten wie auch zwischen ihnen wächst die Ungleichheit. In mehreren Eurozonenländern ist die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Ein Andauern der Krise oder ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung würde diese Spaltung der Gesellschaft noch akzentuieren.

Das Wirtschaftswachstum in der Eurozone sieht sich momentan auf drei Ebenen Gefahren ausgesetzt: a) Die Krise selbst hatte schon erhebliche negative Auswirkungen auf das Wachstum in der Eurozone. Dieser Trend wird sich höchstwahrscheinlich fortsetzen, wenn das Klima der Unsicherheit bestehen bleibt und nicht bald eine zukunftsgerichtete, nachhaltige und langfristige Lösung für die Krise gefunden wird. b) Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde den Grad der Verflechtung der wirtschaftlichen Akteure in Europa mindern. Es ist zu erwarten, dass diese Entwicklung das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren maßgeblich behindern würde. c) Die anhaltende Fokussierung auf kurzfristigen Schulden- und Defizitabbau birgt die Gefahr, die kurz- bis mittelfristigen Wachstumsaussichten in der Eurozone insgesamt zu beeinträchtigen. Auch wenn stark überhöhte Schuldenstände sicherlich weder wünschenswert noch nachhaltig sind, betrachten wir auch eine übertrieben strenge Sparpolitik als gefährlich, denn sie könnte zu einem Jahrzehnt verlorenen Wachstums in der Eurozone führen.

Vor dem Hintergrund der Risiken, die die vier Hauptbestandteile des europäischen Gesellschaftsvertrages bedrohen, bieten wir Denkanstöße, wie die Eurozone wieder belastbarer gemacht werden könnte und wie das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung wieder hergestellt werden könnte. Unser Bericht konzentriert sich dabei hauptsächlich auf langfristige Antworten auf die aktuellen Herausforderungen. Er versucht Fragen zu formulieren, die beantwortet werden müssen, damit der Euro auf lange Sicht zu einem Erfolg wird. Auch wenn unsere Empfehlungen nicht kurzfristig ausgerichtet sind, möchten wir unsere Hauptaussage klar verstanden wissen: Im Kontext der aktuellen Krise sind langfristige Angelegenheiten dringende Angelegenheiten.

Zwei Leitprinzipien lagen den Beratungen unserer Gruppe zugrunde: Erstens teilten wir alle die Ansicht, dass ein Schritt zurück im Prozess der Währungsintegration keine Option darstellt. In den vorangegangenen Absätzen haben wir einige Argumente geliefert, die dieses Prinzip rechtfertigen. Im Hauptteil unseres Berichtes ziehen wir jedoch die Option, den Euro aufzugeben, nicht einmal in Betracht. Zum Zweiten haben wir beschlossen, unsere Vorschläge von dem Grundsatz abzuleiten: „So viel politische und wirtschaftliche Union wie notwendig, aber so wenig wie möglich.“ Wir sind davon überzeugt, dass die momentane Krise durch mehrere Fehlfunktionen ausgelöst wurde, die in der ursprünglichen Struktur der Währungsunion angelegt sind und die korrigiert werden müssen. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip glauben wir aber auch, dass diese Korrekturen auf das strikt Notwendige beschränkt bleiben müssen, damit der Euro erfolgreicher funktionieren kann. Wir plädieren daher nicht für „mehr Europa“ zu dem einfachen Zweck, den Prozess der europäischen Integration stärken zu wollen. Unsere Intention ist es keineswegs, für einen europäischen „Super-Staat“ oder eine starke supranationale Macht einzutreten. Wir betrachten die WWU in ihrer aktuellen Form als unvollständig und führen auf, welche Elemente wir für unerlässlich halten, damit der Euro funktionieren kann. Nicht mehr und nicht weniger.